

A N F R A G E von Alfred Heer (SVP, Zürich)

betreffend Attacken gegen den Staat Israel in der Stadt Zürich

Am Samstag, 7. Oktober 2000 wurde durch den Stadtrat der Stadt Zürich einer Gruppierung namens "Al-Quds" die Erlaubnis erteilt einen Demonstrationsumzug durchzuführen. Dieser startete am Helvetiaplatz, führte durch die Innenstadt und zurück an den Helvetiaplatz. Dabei nahmen gemäss Medienberichten und Passanten rund 1000 Demonstrationsteilnehmer teil.

Es muss sich dabei um eine hasserfüllte Demonstration gehandelt haben, wurde doch gerufen: "Allah el akbar" (was alleine noch nicht hasserfüllt wäre) und "Nieder mit Israel". Die gleichen Worte wurden vom palästinensischen Mob anlässlich der schrecklichen Lynchung von israelischen Soldaten in Ramallah geschrien. Der Name dieser Gruppierung "Al-Quds" deutet darauf hin, dass es sich hier um fanatische Muslime handeln muss, welche der Meinung sind, dass die arabisch-muslimische Bevölkerung das alleinige Recht auf Jerusalem habe. Ferner ist aufgefallen, dass es sich hier um eine Demonstration gehandelt hat, welche die muslimisch-arabische Bevölkerung in der Schweiz gegen Israel aufhetzen soll. So waren die Spruchbänder in arabischer Schrift und somit nicht an die Mehrheit der Zürcher und Zürcherinnen gewidmet, sondern an arabisch mächtige Personen, welche im Grossraum Zürich leben. Eine Demonstrationsbewilligung in Zürich macht aber nur dann Sinn, wenn sich die Demonstrationsteilnehmer in einer Form an die Zürcherinnen und Zürcher wenden, welche gesetzeskonform und für eine grosse Mehrheit verständlich ist. Dies war genau nicht der Fall. Das einzige Anliegen, welches für den Zürcher Passanten erkenntlich war, war "Nieder mit Israel" und "Barak gleich Affe". Ein solcher Extremismus darf auf Kantonsgebiet nicht toleriert werden. Mit der Demonstrationsbewilligung durch die Stadt Zürich wurde Extremisten eine Plattform geboten, um Unfrieden in unserem Lande zu stiften. Es erstaunt daher nicht weiter, wenn nach verbalen Attacken gegen den Staat Israel nun auch zu Sprengstoff gegriffen wird. Die Entwicklung, welche sich in den letzten Monaten auf Zürcher Boden abspielt, gibt zur grössten Besorgnis Anlass. Im Zusammenhang mit der Demonstration und dem Sprengstoffanschlag auf das EL-AL Büro in Zürich bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Sind dem Regierungsrat respektive der Kantonspolizei die Personen bekannt, welche hinter der Gruppierung "Al-Quds" stehen? Ist bekannt, ob Personen aus dem Umfeld des "Revolutionären Aufbaus Zürich" an der Demonstration mitbeteiligt waren?
2. Hat die Bezirksanwaltschaft Kenntnis davon, was in arabischer Schrift auf den Spruchbändern stand? Der Verdacht liegt nahe, dass auf diesen Spruchbändern in massiver Weise gegen das Antirassismugesetz verstossen wurde. Sind bereits Strafverfahren wegen diesen Spruchbändern eröffnet worden?

3. Erachtet der Regierungsrat es als weise, solchen Gruppierungen ein Demonstrationsrecht auf Kantonsgebiet zu erteilen? Ich bitte höflich um eine Antwort und nicht auf den nichtssagenden Hinweis, dass die Gemeinde für das Erteilen der Demonstrationsbewilligung zuständig ist.
4. Bestehen Verdachtsmomente, ob Personen, welche an der Demonstration beteiligt waren, auch etwas mit dem Sprengstoffanschlag auf das EL-AL Büro zu tun haben?
5. Welche präventiven Massnahmen trifft der Regierungsrat gegen diese fanatischen Gruppierungen im Kanton Zürich, um sicherzustellen, dass nicht noch schwerwiegendere Zwischenfälle passieren werden?

Alfred Heer